

## Im Visier

### Der IWF ist eine politische Organisation

Der Rücktritt von Dominique Strauss-Kahn vom Amt des Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds (IWF) zwingt den IWF, sich vorzeitig nach einem neuen Direktor umzusehen. Dies wirft erneut die Frage auf, wie dieser für die Weltwirtschaft so wichtige Posten besetzt werden soll.

Traditionell führt ein Europäer den IWF, während der Präsident der Weltbank im Gegenzug ein Amerikaner ist. Dabei einigen sich die EU-Staatschefs zunächst auf einen gemeinsamen Kandidaten – wenn dieser auch für die USA akzeptabel ist, findet die offizielle Wahl statt. Dabei kam es noch nie zu einer Kampfabstimmung. Die EU verfügt insgesamt über einen Stimmrechtsanteil von ungefähr 30 Prozent im Leitungsgremium des Währungsfonds, die USA halten beinahe 17 Prozent der Stimmen. Für die Wahl genügt die einfache Mehrheit; der gemeinsame Kandidat kann so leicht durchgesetzt werden. Und am Ende wird im „Konsens“ entschieden.

Typischerweise wird daher nicht der für das Amt am besten qualifizierte, sondern der von dem durchsetzungsstärksten europäischen Staatschef präferierte Kandidat gewählt – unter den bisherigen zehn IWF-Chefs waren vier Franzosen. Diese Praxis ist seit langem umstritten. 2007 bekannte sich das Leitungsgremium des Fonds zu einer qualifikationsbetonten Auswahl, unabhängig von der Nationalität. Der tatsächliche Auswahlprozeß um die Nachfolge des Spanischen Direktors de Rato wurde hingegen von den traditionellen machtpolitischen Kriterien dominiert – der Franzose Strauss-Kahn wurde gewählt. Offiziell hat sich der Fonds 2009 zu einem „offenen, transparenten und von Nationalitäten unabhängigen“ Auswahlprozess verpflichtet. Dieser erhielt ausdrückliche Unterstützung aus der Politik. Mit einem möglicherweise näherrückenden Wahltermin sieht das freilich anders aus. Immerhin, das Monopol Europas auf die Führung des Fonds steht in Frage. Auch Namen wie der des früheren Südafrikanischen Finanzministers Trevor Manuel, des indischen Zentralbankchefs Sridhar und des Türken Kemal Dervis werden genannt – allesamt Vertreter wirtschaftlich und politisch aufstrebender Staaten. Mit Finanzministerin Christine Lagarde ist aber wiederum eine

Französin im Rennen. Und es bestehen kaum Zweifel, dass sie das Rennen auch macht.

Wer also glaubt bei der Besetzung von Spitzenposten im Währungsfonds gehe es vor allem um die Qualifikation, der irrt. Zuallererst geht es um Politik. Und was für den Vorsitz des IWF gilt, gilt genauso für die Besetzung der Direktorenposten im Führungsgremium des Währungsfonds. Es gilt für die Bedingungen, zu denen seine Mitglieder Kredite bekommen können, für seine Wirtschaftsprognosen und für die Überwachung der Wirtschaftspolitik seiner Mitgliedsländer.

Der Währungsfonds muss reformiert werden. Um den politischen Einfluss der Mitgliedsländer zu begrenzen, sollte das Exekutivdirektorium unabhängig von den Mitgliedsländern sein – ganz ähnlich wie heute die meisten nationalen Zentralbanken nicht direkt von der Politik gelenkt werden. Die Besetzung des Geschäftsführenden Direktorenpostens sollte nicht länger von der Nationalität, sondern vielmehr von der Qualifikation abhängen. So wie der IWF von seinen Kreditnehmern demokratische und transparente Strukturen fordert, sollten Europäer und Amerikaner den übrigen IWF-Mitgliedern eine demokratische und transparente Wahl des Vorsitzenden zugestehen. Das würde bedeuten, dass jedes Mitglied des Währungsfonds das Recht hat, einen oder mehrere Kandidaten vorzuschlagen. Die Mitglieder des Währungsfonds würden dann ihren Vorsitzenden unter diesen Kandidaten wählen – unabhängig von ihrem Stimmanteil im Währungsfonds und in geheimer Wahl. Als alternative Reform könnte die Einführung einer doppelten Mehrheit dem Währungsfonds zu mehr Legitimität verhelfen. Wenn sowohl die Mehrheit der Quoten als auch die Mehrheit der Mitgliedsländer erzielt werden müsste, könnte Europa im Tandem mit den USA seinen Kandidaten nicht länger ohne die Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer durchsetzen.

Doch an echten Reformen haben die größten Anteilseigner des Fonds kein Interesse. Sie finanzieren den Währungsfonds auch aus politischen Gründen. Bei seiner Politik wollen sie dafür im Gegenzug dann mitreden. Die Vorsitzende des IWF wird weiterhin aus Europa kommen.

Prof. Dr. Axel Dreher, Göttingen